

Medienmitteilung des Initiativkomitees „für eine realistische Flughafenpolitik“ zu den Forderungen der Flughafenlobby

Für eine realistische Flughafenpolitik mit statt gegen die Bevölkerung

In der Zürcher Flughafenpolitik sind viele Fragen offen. Verursacher dieser Unsicherheit ist die widersprüchliche und auf Wachstum ausgerichtete Flughafenpolitik des Zürcher Regierungsrates. Mit einer Begrenzung der Flugbewegungen und einer Verlängerung der Nachtruhe wie es die Volksinitiative für eine realistische Flughafenpolitik fordert, wird die Grundlage für die allseitig geforderte Planungs- und Rechtssicherheit gelegt.

Die auf Wachstum getrimmten, grössenwahnsinnigen Ausbauplänen des Flughafens und der Wirtschaftsverbände der 90er Jahre führten direkt in die herrschende Verunsicherung und gehören damit hoffentlich der Vergangenheit an. Die Unique hingegen agiert so, als ob es keinen Einbruch der Passagierzahlen, kein überdimensioniertes neues Terminal und keine kranke Swiss gäbe. Dies auszublenden führt zu einem weiterem Kontrollverlust in der Flughafenpolitik. Das Volk wird spätestens im Jahre 2007 die Gelegenheit haben sich zum angestrebtem unbegrenzten Wachstum des Flughafens zu äussern. Mit Recht, haben die Steuerzahler doch mehrere Milliarden Franken für die gescheiterte Wachstumsstrategie aufwenden müssen. Die Interessen des Wirtschaftsstandortes Zürich können – wie beim Ausbaumentscheid 1995 bereits festgehalten – mit 250'000 Flugbewegungen langfristig abgedeckt werden. Daran ändert auch die Angstmacherei der Unique und des Zürcher Wirtschaftsfilzes nichts.

Weitere Subventionen des Bundes für den Flughafen oder dem Abenteuerprojekt Swiss, auch durch eine Umlagerung der jährlich 40-70 Millionen Franken Einnahmen durch die Kerosinsteuer, nimmt das Volk nach den bereits gesprochenen Milliarden für den schweizerischen Luftverkehr nicht mehr hin. Die Luftfahrtindustrie wird durch den bestehenden Treibstoffzollerlass von 1.8 Milliarden Franken (im Jahr 2000) bereits genügend subventioniert und damit gegenüber den umweltfreundlichen Schienenverkehr bevorteilt.

Die direktbetroffene Bevölkerung darf vom Entscheidungsprozess nicht ausgeschlossen werden. Die Regierung des Kantons Zürich ist gut beraten, eine offene und transparente Politik zu betreiben und den einseitigen Aktionärsinteressen des Flughafens und deren Lobby eine Abfuhr zu erteilen. Der Regierungsrat ist vom Volk und nicht vom Verwaltungsrat der Unique gewählt worden.

Weitere Informationen:

Stefan Wey, Präsident Förderverein für eine realistische Flughafenpolitik

Tel 01 371 89 00 Natel 078/618 19 55

Marcel Savarioud, Vizepräsident Förderverein für eine realistische Flughafenpolitik

Tel 01 321 17 91 Natel 079/755 20 10